

## ANERKENNUNG OPFER RECHTER GEWALT

### Das wahre Ausmaß anerkennen!



Seit 1990 wurden in der Bundesrepublik über 169 Menschen von Rechten ermordet. Das Bundesinnenministerium erkennt jedoch nur 63 Personen offiziell als Todesopfer rechter Gewalt an. Wie ignorant und verharmlosend staatliche Behörden rassistischen Gewalttaten begegnen, wurde mit dem Bekanntwerden der Mordserie der NSU besonders deutlich. Jahrelang war mit dem Augenmerk auf »milieutypische Auseinandersetzungen unter Migranten« ermittelt worden. Fast alle Medien berichteten über die angeblichen »Döner-Morde«. Damit bedient wurden vor allem rassistische Klischees. Die Betroffenen wurden so auch zu Opfern von Behörden und gesellschaftlichen Vorurteilen.

Die Folgen des gesäteten Misstrauens in den Familien der NSU-Opfer und ihre Verdrängung ins soziale Abseits sind verheerend.

Die offizielle Anerkennung als Opfer rechter Gewalt ist nicht nur für die Angehörigen und FreundInnen der Opfer bei der Bewältigung der Tat von großer Bedeutung. Sie ist auch ein deutliches Zeichen gegenüber den TäterInnen und ihrer menschenverachtenden Ideologie. Für eine offene Gesellschaft ist es deshalb entscheidend, den Opfern rechter Gewalt einen Namen zu geben, damit rechte Gewalt nicht länger relativiert oder verdrängt wird.

*Opferperspektive e.V.*

### MONITOR

#### Anzahl rechter Angriffe in Brandenburg weiterhin hoch

Im Jahr 2011 hat die Opferperspektive 84 rechtsmotivierte Angriffe im Land Brandenburg gezählt. Im Vergleich zum Vorjahr – 2010 waren es 108 – zeigt sich ein Rückgang der uns bekannt gewordenen Übergriffe. Das ist eine erfreuliche Entwicklung. Allerdings bewegte sich die Anzahl der Angriffe rechter SchlägerInnen und von RassistInnen weiterhin auf einem hohen Niveau. Anlass zur Entwarnung besteht nicht. Regionale Schwerpunkte der rechten Gewalt in Brandenburg liegen in Frankfurt (Oder), Wittstock und Cottbus. Hingegen trugen das Engagement von BürgerInnen, alternativen Jugendlichen und Initiativen sowie eine konsequente Strafverfolgung in ande-

ren Regionen Brandenburgs dazu bei, dass hier im vergangenen Jahr weniger Menschen Opfer rechter Gewalt wurden.

Eine beunruhigende Entwicklung ist die hohe Zahl von Angriffen, die nicht bei der Polizei angezeigt wurden. Aufgrund ihrer Kontakte zu nicht-rechten Jugendlichen erfuhr die Opferperspektive von landesweit 25 nicht angezeigten Übergriffen. In der Regel hatten die Betroffenen nur geringes Vertrauen in die Arbeit der Polizei. Sie verbanden mit einem Ermittlungsverfahren nur wenig Hoffnung auf Aufklärung der Tat. Allerdings ist zu vermuten, dass viele rechte Angriffe auch der Opferperspektive nicht bekannt wurden und die Dunkelziffer rechter Gewalttaten in Brandenburg deutlich höher liegt.

### INHALT

#### THEMA

Anerkennung Todesopfer rechter Gewalt

#### IM GESPRÄCH

»Jetzt gibt's richtig Ärger«

#### ANTIDISKRIMINIERUNG

Antidiskriminierungsnetzwerk

#### OPFERPERSPEKTIVE

In eigener Sache

#### SÜDBRANDENBURG

Neonazi-Netzwerk verboten

## Niemand darf vergessen werden

An die 50 NeuruppinerInnen gedacht am 1. Juli 2012 dem Ermordeten Emil Wendland. Vor 20 Jahren hatten Rechte den alkoholkranken Lehrer in der rund 60 km nordwestlich von Berlin gelegenen Stadt ermordet. In diesem Jahr hat die Stadtverwaltung auf Initiative junger Menschen aus dem Jugendwohnprojekt MittenDrin e.V. eine Gedenktafel für den Ermordeten im Neuruppiner Rosengarten errichtet. Hier hatte sich Emil Wendland am 1. Juli 1992 auf einer Parkbank niedergelegt. Auf der Suche nach einem »Opfer« stieß eine Gruppe Neonazis auf den schlafenden Wohnungslosen. Als dieser auf Beleidigungen nicht reagierte, traktierten sie ihn mit Fäusten und zerschlugen eine Bierflasche auf seinem Kopf. Danach verließen die Männer den Tatort. Einer der Neonazis kehrte jedoch zurück und stach siebenmal in den Oberkörper des bewusstlosen Emil Wendlands. Dabei durchtrennte ein Stich seine Herzscheidewand. Emil Wendland starb an inneren Blutungen. Er war seit 1990 das vierte Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg, bis

heute starben mindestens 27 Menschen durch rechte Gewalt in der Mark. Von der Landesregierung werden lediglich neun Tötungsverbrechen als politisch rechts motiviert anerkannt. Emil Wendland wurde seit 1993 von der Bundesregierung als Todesopfer rechter Gewalt aufgeführt, 1999 wurde er ohne Angabe von Gründen von der Liste genommen. Auch das Land Brandenburg hat Emil Wendland bis jetzt die Anerkennung verweigert. Obwohl es seit 2001 eine klare Handhabe für die Dokumentation dieser Morde gibt: Angriffe auf Wohnungslose sollen als politisch motivierte Kriminalität gewertet werden, wenn kein anderes eindeutiges Tatmotiv erkennbar ist.

Wohnungslose Personen und sozial Randständige sind neben MigrantInnen und alternativen Jugendlichen die größte Betroffenengruppe rechter Gewalt in Brandenburg. Von den durch die Opferperspektive dokumentierten Todesopfern wurden allein neun Taten aus sozialdarwinistischen Motiven begangen. Nur drei dieser Fälle sind von der Landesregierung als rechte

Tötungsdelikte anerkannt. Eine erneute Überprüfung der Todesfälle ist dringend geboten.

Durch eine offizielle Anerkennung könnte ein klares Zeichen gesetzt werden. Der menschenfeindliche Charakter der Tat würde so hervorgehoben und die Motivation der TäterInnen verdeutlicht, die den Opfern ein Recht auf Leben aberkennen, weil sie nicht ihrer »Norm« entsprechen. Diese abwertende und stigmatisierende Einstellung entspricht extrem rechten Ideologien, scheint jedoch an tief verankerte Vorurteile der Bevölkerung gegenüber Wohnungslosen, Homosexuellen, Menschen mit Migrationshintergrund und Punks anzuknüpfen.

In der Öffentlichkeit ist das Ausmaß dieser Ausgrenzung und der Angriffe in der Regel nicht präsent. Abgesehen von spektakulären Einzelfällen spielt die alltägliche rechte Gewalt in den Medien kaum eine Rolle. Wenn Todesopfer rechter Gewalt nicht als solche anerkannt werden, setzen sich deren im Leben erlittene Ausgrenzung und Missachtung über den Tod hinaus fort.

## Sinnloser und grausamer Tod

»Ich habe das Gefühl, dass ein Mensch, der nicht Ihre Sprache spricht, Ihnen nichts wert ist.«

Diese Worte richtete Raissa Batesova an die jungen Männer, die für den Tod ihres Sohnes Kajrat verantwortlich waren. Vor zehn Jahren, am 4. Mai 2002, wurde der Russlanddeutsche nach einem Discobesuch in Wittstock zusammen mit seinem Freund Max von mehreren Männern angegriffen. Die Angreifer wollten nach eigenen Angaben »ihr Revier« gegen »Fremde« und »Russen« verteidigen. Als die beiden schwer verletzt am Boden lagen, schleuderte einer der Täter einen 18 Kilo schweren Feldstein auf Kajrat. Am 23. Mai 2002 starb der 24-Jährige aufgrund der schweren Ver-

letzungen. Die Tat beobachteten 30 Personen. Niemand schritt ein.

Kajrat Batesov ist nicht als Opfer rechter Gewalt anerkannt. Die Täter waren weder Skinheads noch organisierte Neonazis, sie kamen aus der lokalen Techno-Szene. Auf einem Mobiltelefon eines Angreifers fand die Polizei jedoch ein Hakenkreuzbild. Auch waren für die jungen Männer die Spätaussiedler nur »Scheiß-Russen«.

Kajrat war erst ein halbes Jahr zuvor aus Kasachstan nach Deutschland gekommen. Hier hinterließ er seine Mutter, seinen jüngeren Bruder, seine Frau und seinen Sohn. Jeden Tag denkt Kajrats Mutter an den sinnlosen und grausamen Tod ihres Sohnes und wünscht



Gedenken an Kajrat Batesov in Wittstock

sich, dass nie wieder eine Mutter solch einen Schmerz erleben muss. Seine Angehörigen hoffen immer noch auf ein würdiges Andenken und darauf, dass nie vergessen wird, warum Kajrat Batesov sterben musste.

## Rechter Angriff auf Punks in Spremberg

Zwei Monate nach dem Angriff auf fünf Jugendliche in Spremberg sprachen wir mit zwei der Betroffenen über ihr Erlebtes.

»Jetzt gibt's richtig Ärger«, ist das Erste, was Tina\* dachte, als sie hinter sich einen rasierten Schädel sah und einen Schrei hörte: »Steig aus, du Schwein!« Es war die Nacht vom 12. zum 13. Mai 2012. Tina und vier ihrer Freunde wollten gerade von einem Konzert nach Hause fahren, als sie, bereits im Auto sitzend, von mehreren Neonazis angegriffen wurden. Eine der Türen war noch nicht geschlossen, plötzlich hörte Tina einen weiteren Schrei: »Komm raus, Zeckenschwein«. Es hagelte Schläge auf die Autoscheiben und Türen. Durch die noch offene Tür versuchten die Angreifer, einen der jungen Männer aus dem Auto zu ziehen. Immer wieder prügeln sie auf seinen Oberkörper und Kopf ein. Paul, der neben dem Angegriffenen saß, hatte nur einen Gedanken: »Auf alle Fälle Daniel festhalten.« Das ist für ihn das Wichtigste in diesem Moment. Beim Festhalten seines Freundes wurde Pauls Hand von einem Schlag getroffen, sie wurde gebrochen. Paul schaffte es, die Angreifer daran zu hindern, Daniel aus dem Auto zu zerren. Rückblickend meint Paul: »Wenn wir das nicht geschafft hätten, dann wäre er wahrscheinlich nicht mehr da.« Erst als es Tina gelang, den Wagen zu starten und ein paar Meter zu fahren, ließen die Täter ab und

verschwanden. Die Jugendlichen verständigten die Polizei. Paul musste ins Krankenhaus, dort wurde seine Hand operiert. Daniel hat Prellungen von den Schlägen und Tina und ihre Freunde trugen kleine Schnittwunden von den zerbrochenen Autoscheiben davon. Das Auto von Tina ist stark beschädigt. Später fanden sie Einschlagstellen am Auto, die nicht von Baseballschlägern stammen konnten. Die kreisrunden Stellen deuteten auf sogenannte Teleskopschlagstöcke hin, die als »Totschläger« bezeichnet werden. Nach Spremberg wollten die Freunde erst einmal nicht mehr, zu groß ist die Angst vor einem neuen Überfall.

### Schwerpunkt rechter Gewalt in Südbrandenburg

Der geschilderte Fall ist nicht der erste in der Region in diesem Jahr: Anfang Mai wurden die Türen des Redaktionsgebäudes der Lausitzer Rundschau mit Nazi-Sprüchen besprüht und mit Tierinnereien beschmiert. Die Zeitung hatte zuvor einen Artikel über lokale Neonazistrukturen veröffentlicht. Am Tag des Angriffs auf Tina und ihre Freunde hatten 700 DemonstrantInnen gegen einen Aufmarsch der NPD in Cottbus protestiert. Bereits dort kam es zu Attacken von Rechten auf Protestierende.

### »Ihr Auto haben sie verloren, unsere Solidarität nicht.«

Die Nachricht vom Angriff sprach sich schnell herum. In den Tagen danach erhielten die Betroffenen besorgte Anrufe von FreundInnen und Engagierten aus der Region, auch die Opferperspektive nahm Kontakt auf. Die MitarbeiterInnen der Opferperspektive berieten die Betroffenen, vermittelten AnwältInnen, machten Öffentlichkeitsarbeit und starteten einen Spendenaufruf. Für Tina war es wichtig, ihr Auto wieder zu bekommen – nicht nur um wieder mobil zu sein, es war für sie ein bedeutsames Erinnerungsstück. Der durch den Angriff entstandene Schaden wurde nur zu einem geringen Teil von der Versicherung gedeckt. Viele Menschen wurden aktiv, u.a. veranstaltete ein Forster Jugendclub ein Benefizkonzert. Bei den Worten des Veranstalters: »Ihr Auto haben sie verloren, unsere Solidarität nicht.« kamen Tina vor Rührung fast die Tränen. Durch die Party und von den Spenden, die bei der Opferperspektive eingingen, konnte das Auto repariert werden. Ebenso wichtig bleibt jedoch die Erfahrung der Fünf, nach dem Angriff nicht alleine gelassen zu werden. Tina: »Ich dachte erst, ich stehe jetzt alleine da. Nee, es gibt doch noch nette Leute.«

*\*Alle Namen wurden von der Redaktion geändert.*

## SÜDBRANDENBURG

### Neonazi-Netzwerk verboten

Im Juni 2012 hat das Brandenburger Innenministerium die »Widerstandsbewegung in Südbrandenburg« verboten. Das als »Spreelichter« in die Öffentlichkeit geratene Neonazi-Netzwerk ist vor allem für seinen professionellen Internetauftritt und seine pathetisch inszenierten Aktionen bekannt. Dazu zählen unter anderem Aufzüge mit weißen Masken und Fackeln. Die Aktivitäten der »Spreelichter« fanden bundesweit Nachahmung in der rechten Szene.

Gegen das Verbot haben die Neonazis Klage eingereicht. In Südbrandenburg besteht nun die Hoffnung, dass sich durch das Verbot die Situation für die Betroffenen rechter Gewalt etwas entspannt. Allerdings können Verbote von Vereinen oder Parteien allein das Problem von rechter Gewalt und Rassismus nicht lösen. Notwendig ist weiterhin zivilgesellschaftliches Engagement und das gemeinsame Vorgehen aller gesellschaftlichen AkteurInnen gegen Rechts.



Sitzblockade gegen einen Neonaziaufmarsch am 1. Mai 2012 in Wittstock

## In eigener Sache

Im Jahr 2012 ist das Team der Opferperspektive deutlich gewachsen. Die MitarbeiterInnen der Gewaltopferberatung werden seit April durch Veronika von Eichborn verstärkt. Sie unterstützt Opfer rechter Gewalt in den Landkreisen Teltow-Fläming und Oder-Spree, begleitet sie unter anderem zur Polizei, vor Gericht und bei Behördengängen. Drei Jahre lang hat Christoph Schulze Betroffene rechter Gewalt in Brandenburg betreut. Ab dem 1. September wird nun Katrin Meinke Opfer rechter Gewalt im Nordosten von Brandenburg beraten. Sie war langjährige Mitarbeiterin der Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern (Lobbi e.V.).

Zuwachs erhielt auch der Antidiskriminierungsbereich der Opferperspektive. Zufukar Çetin unterstützt seit dem Frühjahr die Arbeit dieses Teams. Er berät in ganz Brandenburg Menschen, die von rassistischer Diskriminierung betroffen sind. Mit der Initiierung und dem Aufbau eines landesweiten Antidiskriminierungsnetzwerks ist zudem seit Mai Sofia Hamaz betraut.

## IMPRESSUM



Opferperspektive e. V.  
Rudolf-Breitscheid-Straße 164  
14482 Potsdam

Telefon: 0331 8170000  
Telefax: 0331 8170001  
E-Mail: [info@opferperspektive.de](mailto:info@opferperspektive.de)  
Internet: [www.opferperspektive.de](http://www.opferperspektive.de)

Redaktion: Ulrike Imhof  
Lektorat: Antje Böttcher,  
Sherin Abu Chouka  
Satz: Sabine Steinhof

Spendenkonto: 3813100  
Bank für Sozialwirtschaft  
Bankleitzahl: 100 205 00

## Antidiskriminierungsnetzwerk Brandenburg

Jeden Tag werden Menschen wegen ihrer vermeintlichen Herkunft oder ihrer Religionszugehörigkeit in der Schule, auf der Straße, bei der Wohnungs- oder Arbeitssuche und in vielen anderen sozialen Bereichen ungleich behandelt. Seit 2009 finden Betroffene von rassistischer Diskriminierung Unterstützung und Beratung durch die MitarbeiterInnen unseres Antidiskriminierungspro-

jekts. Um für ganz Brandenburg eine Ansprechbarkeit für Betroffene zu gewährleisten, initiiert die Opferperspektive den Aufbau eines Antidiskriminierungsnetzwerks. Unterstützt wird die Pionierarbeit durch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS). Das Netzwerk vereint nichtstaatliche Organisationen und Personen die mit MigrantInnen in Brandenburg zusammenarbeiten.

## PROJEKT

### Zweites Exemplar der Wanderausstellung

Der wohnungslose Andre K. wurde am 25. Mai 2011 in Oschatz (Sachsen) von fünf Männern geschlagen und getreten. Sechs Tage später starb er an seinen schweren Verletzungen. Einer der Angreifer gehörte zum Umfeld der »Jungen Nationaldemokraten«. Andre K. ist eines der 169 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 in der Bundesrepublik. Sie wurden geschlagen, getreten, verbrannt oder zu Tode gequält, weil sie nicht in das rechte Weltbild passten. Die von der Opferperspektive kuratierte Wanderausstellung gibt diesen Opfern ein Gesicht und einen Namen. Dank eines privaten Förderers aus Bayern konnte ein zweites Ausstellungsexem-

plar realisiert werden. Damit kann die Opferperspektive den vielen Anfragen der LeihnehmerInnen besser entgegenkommen. Die mittlerweile vierte überarbeitete Fassung zeigt 13 neue Tafeln. Aufgenommen sind unter anderem die NSU-Opfer.



Informationen: [www.opfer-rechter-gewalt.de](http://www.opfer-rechter-gewalt.de)

## BERICHT

### Die verletzende Wirkung der Worte

Im vergangenen Jahr verließ Schwedts Ausländerbeauftragter Ibraimo Alberto, wegen der über Jahre anhaltenden rassistischen Beleidigungen, seine Heimatstadt. Der Vorfall, der das Fass zum Überlaufen brachte, wurde dieses Frühjahr vor dem Amtsgericht Bernau verhandelt.

Im März 2011 besuchte Ibraimo Alberto ein Fußballspiel seines Sohnes. Während der Partie wurde sein Sohn von einem Spieler der gegnerischen Mannschaft rassistisch beschimpft, später

auch Ibraimo Alberto selbst. Dabei verhielt sich der Beschuldigte so aggressiv, dass er von Umstehenden zurückgehalten werden musste. Im Gerichtsverfahren mochten sich die meisten Zeugnissen jedoch nicht an die verbalen Angriffe erinnern. Das Gericht sprach den Angeklagten aus Mangel an Beweisen frei. Das Urteil traf Ibraimo Alberto schwer. Besonders bedrückt ihn bis heute, dass die zahlreichen ZuschauerInnen den rassistischen Anfeindungen wort- und tatenlos zusahen.